

Bräuer-Beitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

No. 9.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1342.
Redaktion und Expedition: Burgstr. 9, Hannover.
Verleger u. verantwortl. Redakteur F. Krieger, Hannover.
Druck von Dörfler & Löhner, Hannover.

Hannover,
27. Februar 1903.

Abonnementspreis pro Quart.: 1,50 M., unter Kreuzb.
2 M.; f. d. Post. 2 M., u. Kreuzb. 2,50 M. — Einzel-Nr.
20 Pf. — Geschäfts-Zuferte: die sechsgep. Beitzteile
30 Pf., d. Wiederh. Rabatt. Abn. Inzerate die Beitzteile 20 Pf.

13. Jahrg.

„Erhöht der Zolltarif die Löhne?“

Unter diesem Titel bringt die „Arbeiterstimme“, Bern, folgenden Artikel, der sich mit der nach dem Beispiele Deutschlands auch in den herrschenden und interessierten Kreisen der Schweiz eingetragenen Zolltarif beschäftigt:

Wir haben vor Kurzem von der Bauernfängerei gesprochen, die mit den Arbeitern getrieben wird, um ihnen vorzupaulen, daß mit Annahme des Zolltarifs die Löhne steigen werden. Bis jetzt hat noch kein Fabrikant namhaft gemacht werden können, der eine Erhöhung der Löhne für diese Eventualität in Aussicht stellte.

Es wird aber noch auf andere Weise versucht, den Arbeitern frei um den Mund zu schmeieren und sie für Annahme des Zolltarifs empfänglich zu machen. So machte, wie wir im „Schweizer Konsum-Verein“ lesen, ein national-ökonomischer Philosoph kürzlich in der „Neuen Züricher Zeitung“ darauf aufmerksam, daß die Lage der unteren Klassen in den Ländern, wo die Lebensmittelpreise hoch sind, besser ist, als in denen mit niedrigen Preisen. Also — so schreibt er — sollen sie dem neuen Zolltarif, der die Preise in die Höhe treiben wird, nicht widerstreben.

Wenn es zum Glück des Volkes weiter nichts braucht, als hohe Lebensmittelpreise, die kann ja der Staat leicht machen. Gemeinnützige Kapitalistenvereine, Kräfte, Syndikate können ihn in seiner Aufgabe unterstützen. Man erhebe hohe Zölle auf alle Arbeiterbedürfnisse, dazu städtische Oktroi, Mahl- und Schlachtsteuern auf dem Lande, man veranlasse die Hausbesitzer, die Mieten um 100 Prozent zu steigern, man gründe Genossenschaften von Bäckern und Fleischer, deren Mitglieder sich verpflichten, die Preise gleichmäßig und kräftig zu erhöhen u. s. w., dann kann's ja nicht mehr fehlen. Jedermann wird zufrieden und glücklich sein.

Dem Nationalökonom der „Neuen Züricher Zeitung“ ist hier eine schreckliche Verwechslung von Ursache und Wirkung passiert.

Ist die Lage der englischen Arbeiter deswegen im Allgemeinen besser als die der russischen, weil in England die Lebensmittel theurer sind als in Rußland, oder sind die Lebensmittel in England theurer, weil es in einer besseren Lage ist als Rußland? Dort, wo viel Geld zusammenfließt, hat das Geld einen geringeren Werth, als wo wenig vorhanden ist. Viel Geld fließt aber heutzutage in den Industrieländern zusammen, die außerdem ihre Nahrungsmittel bei Weitem nicht selbst erzeugen, sondern aus großen Entfernungen herbeischaffen müssen, darum sind sie hier theurer.

In dieser Lage ist auch die Schweiz. Sie hat schon lange sehr hohe Lebensmittelpreise oder, was dasselbe ist, einen niedrigen Geldwerth. Sie gehört zu den besser situierten, geschäftstreibenden Ländern, die Nachfrage nach Waaren und mithin nach Arbeitskräften ist im Durchschnitt lebhaft, es wird ziemlich viel qualifizierte Arbeit erfordert, und die Lage der Arbeiter ist daher relativ, nämlich im Verhältnis zu rückständigen Ländern, die im modernen, kapitalistischen Getriebe nicht recht mitkommen, eine halb passive Rolle spielen, erträglich. Das Leben ist in unserem Lande theurer, die Geldlöhne müssen also „hoch“ sein, wenn der Arbeiter überhaupt existieren soll.

Wie kann die Lage des Arbeiters verbessert werden? Entweder indem sein Geldlohn steigt, oder indem die Lebensmittelpreise fallen. Am meisten, wenn beides zugleich geschieht.

So war es z. B. in England im ganzen 15. Jahrhundert. Die Löhne waren außerordentlich hoch und die Lebensmittel außerordentlich billig, billiger als im 13. und 14. Jahrhundert, wo der Lohn auch gut, aber erheblich niedriger war als im 15. Jahrhundert. Die Lage der Arbeiter war ausgezeichnet. Eine andere glückliche Periode erlebten die englischen Arbeiter von 1720—1750. Die Weizenpreise waren gefallen, die Löhne gestiegen. Mit Bezug auf diese Zeit sagt Th. Rogers, ein berühmter englischer Gelehrter: „Wenn die Löhne nicht künstlich herabgedrückt werden, so ist der Lohn um so höher, je billiger die Produkte sind, vorausgesetzt natürlich, daß die Billigkeit eine Folge des technischen Fortschritts ist. Das war aber um die Mitte des 18. Jahrhunderts durchaus der Fall. Die Landwirtschaft erkreute sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts einer geradezu wunderbaren Entwicklung und obwohl sich die Bevölkerung rasant schnell ver-

mehrte, fielen die Preise beständig.“ Dabei stieg auch die Grundrente beständig. Man muß wissen, daß damals der Merkantilismus herrschte, der der Landwirtschaft im Ganzen geradezu feindselig gegenüberstand und nur die Industrie mit allen Mitteln und Gewaltthaten, insbesondere durch ungeheure Schutzzölle, begünstigte. Als dann später von hochkaristokratischen Regierungen hohe Getreidezölle eingeführt wurden, da war der große Theil der englischen Arbeiterklasse im tiefsten Elend.

Agrarzölle in einem Lande, das seinen eigenen Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten nicht zu decken vermag, müssen aber auf technische Fortschritte wirken, wie Opium auf den menschlichen Organismus. Man streckt sich auf's Faule und genießt die hohen Preise im Schlafe, da man ja des Absatzes vollkommen sicher ist und der Sporn der Konkurrenz gänzlich fehlt.

Die Lage der Arbeiter wird zunächst durch die Vertheuerung des Lebens verschlechtert. Aber wird das wieder wett gemacht durch Steigerung der Löhne? Bewirken die Agrarzölle eine Zunahme der Produktion? Die Frage ist so ungeschwer dumm, daß selbst ein eingetragener Agrarier es kaum wagen dürfte, sie zu bejahen. Steigt der Arbeitslohn nicht, so müssen die Arbeiter schlechter leben. Steigt er um ebenso viel, als die Unterhaltsmittel theurer geworden, haben die Unternehmer an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt, die industrielle Produktion geht daher zurück, die Nachfrage nach Arbeitern nimmt ab, und dann müssen die Löhne wieder fallen. Nun kommen die schlaunen Bauern und sagen: Wenn wir (an Euch) mehr Profit machen, so werden wir Euch (Industriellen) mehr ablaufen. Also habt Ihr Nutzen von der Billigkeit.

Wenn diese Bauernregel gelten sollte, so könnten ja die Bauern mit deren Anwendung den Anfang machen. Sie mögen die Löhne ihrer Arbeiter um 50 Prozent erhöhen dann können die Arbeiter um so mehr Fleisch, Butter, Gemüse u. s. w. kaufen und die Bauern haben den Nutzen davon. Aber ich glaube, sie werden sich für diesen Nutzen bedanken.

Bei einem bestimmten Stande des Lohnes hängt die Lage der Arbeiter ganz und gar von den Preisen der Unterhaltsmittel ab. Sie verschlimmert sich, wenn diese steigen, sie verbessert sich, wenn diese sinken. Die Nahrungsmittel, welche die Landwirtschaft hervorbringt, sind in dieser Hinsicht das Wichtigste. Steigen deren Preise in Folge der zunehmenden Wohlhabenheit, so mag das hingehen. Dann werden auch die Löhne steigen. Drückt man aber die Nahrungsmittelpreise durch künstliche Veranstellungen wie Zölle in die Höhe, so wird der Arbeitslohn sogar sinken und die Lebenshaltung der Masse mithin doppelt verschlechtert.

Aus alledem folgt, daß die Arbeiterklasse und die ihr verwandten Schichten der festbesoldeten Angestellten vom neuen Zolltarif nichts Anderes zu erwarten haben, als eine empfindliche Schädigung ihrer wirtschaftlichen Interessen!

Die Proletarierkrankheit und ihre Bekämpfung.

Dem Reichstage ist eine im Reichs-Gesundheitsamt ausgearbeitete Denkschrift über die Tuberkulose und ihre Bekämpfung zugegangen. Die Denkschrift bringt eine Fülle von Material über dieses vom Volke Proletarierkrankheit genannte, schreckliche Massenleiden. Jedem man dieses Material kritisch prüft, gewinnt man einen Einblick in den verzweifeltsten Kampf, den der Staat im Interesse seiner Selbsthaltung gegen die verwüstenden Folgen der kapitalistischen Ausbeutung führt.

Im Jahre 1899 belief sich die Zahl derjenigen Erwachsenen, deren tuberkulöses Leiden so weit fortgeschritten war, daß sie Krankenhausbehandlung in Anspruch nehmen mußten, auf 226 000 Personen. Dabei bilden die in den Krankenhäusern aufgenommenen Tuberkulösen nur einen Bruchtheil der Gesamtzahl solcher Kranken.

In dem Zeitraum von 1892 bis 1900 starben in den zehn Bundesstaaten, aus denen Mittheilungen über diesen Zeitraum vorliegen, 1 066 722 Personen an der Tuberkulose, also jährlich im Mittel 118 525 oder von je 100 000 Lebenden etwa 242 Personen. Diese Durchschnittsziffer wird jedoch in einzelnen deutschen Bundesstaaten weit überschritten, während sie in anderen erheblich kleiner ist. Sie betrug im Kaiserthum Bayern etwa 329, im Staate Bremen etwa 337, im Großherzogthum Hessen etwa 314, dagegen in der Provinz Pommern 179, in Westpreußen 149, Ostpreußen 146.

Was die Frage nach der Zunahme oder Abnahme der Tuberkulose-Sterbefälle anlangt, so sind an der Tuberkulose gestorben während der 4 Jahre 1892 bis 1895 490 385 Personen, während der 4 Jahre 1897 bis 1900 460 070 Personen, also trotz der Zunahme der Bevölkerung in jedem Jahre des zweiten Zeitraumes 7566 Personen weniger als durchschnittlich in jedem Jahre des ersten Zeitraumes. Jedoch ist eine Zunahme in

Hamburg (um 1,05 Prozent), im Königreich Sachsen (um 0,8 Prozent) und in Berlin (um 0,9 Prozent) nachzuweisen, doch bilden diese Gebiete, wie die Denkschrift sagt, in Folge des sehr erheblichen Bevölkerungswachstums nur eine scheinbare Ausnahme.

Ihre Opfer holt sich die Krankheit in den meisten Fällen unter der Zahl Derjenigen, die mitten im harten Daseinstampfe stehen. Von je 1000 Gestorbenen, deren Todesursache bekannt war, waren im Durchschnitt der Jahre 1897 bis 1900 der Tuberkulose jährlich erlegen: im Alter von 1 Jahr 10,9, von 1 bis 15 Jahren 84,3, von 15 bis 60 Jahren 316, über 60 Jahre 52,3. „Die Haupttodesursache“, sagt die Denkschrift, bildet sie für das erwerbsthätige Alter von 15 bis zum 60. Lebensjahre. Gerade in diesem Alter ist die Sterblichkeit an Tuberkulose und, wie man wohl annehmen darf, die Verbreitung der Krankheit in einer die Arbeits- und Erwerbsthätigkeit beschränken Form weitest am größten. Jede Abnahme der Sterblichkeit bedeutet einen Gewinn für die Volkswirtschaft.“

Besonders schrecklich müthet natürlich die Tuberkulose in den Großstädten mit ihrer massenhaft zusammengedrängten Bevölkerung. Es starben in den Jahren 1897, 1898 und 1899, auf die betreffende Altersklasse berechnet, von je 100 000 Bewohnern im Mittel jährlich an Tuberkulose:

in den	außerhalb	
28 Großstädten	der Großstädte	
im Alter von 1—15 Jahren	140,4	73,2
„ „ „ 15—60	293,6	277,1

Auch die einzelnen städtischen Verwaltungsbezirke zeigten im Ganzen eine höhere Tuberkulose-Sterblichkeit als städtarme. Sie betrug z. B. für das Alter von 15 bis 60 Jahren

im Reg.-Bez.	bei einer städtischen Gesamtbevölkerung von:	auf 100 000 Lebende dieser Altersklasse
	zahl von:	
	64,1 Proz.	
Düsseldorf	64,1	335
Köln	53,3	352
Wiesbaden	46,7	344
Köln	27,6	199
Marienwerder	24,6	171
Gumbinnen	16,6	178

Über die sozialen Ursachen der Tuberkulose-Erkrankung drückt sich nun die Denkschrift sehr vorsichtig aus. Sehr begreiflich! Würde sie hier schonungslos die Wahrheit enthüllen, dann müßte sie auf das schreckliche Verbrechen, welches die kapitalistische Ausbeutung an der Volksgesundheit verübt, hinweisen und für die deutsche Arbeiterklasse — denn sie ist es, die in erster Linie der große Wüthger Tuberkulose heim sucht — verkürzte Arbeitszeit, gefündete Arbeitsräume, mehr Arbeitsschutz, höhere Löhne, billigere Lebensmittel, bessere Wohnungen verlangen. Zwar kann sie nicht umhin, dies zu verlangen, aber sie thut es doch in sehr allgemeiner und vorsichtiger Form, so daß hier die Sozialdemokratie um so nachdrücklicher fordern muß.

Besondere Erwerbszweige werden in geradezu schrecklicher Weise von der Tuberkulose heim gesucht, während andere wieder vorzugsweise schwinduchtsfrei sind. Ein solcher Unterschied läßt sich besonders deutlich bei den auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes anerkannten Rentenempfängern nachweisen. Unter je 1000 Fällen bildete die Tuberkulose bei männlichen Rentenempfängern aus der Berufsgruppe der Landwirtschaft, Gärtnerei und bergleichen 21,8 Mal, dagegen bei den in der Industrie, einschließlich Bauwesen, Bergbau und Güttenwesen beschäftigt gewesenen Männern 38,7 Mal die Invaliditätsursache, bei weiblichen Rentenempfängern sind die entsprechenden Zahlen 14,5 und 35. Einige Berufe haben sich ganz besonders durch die Häufigkeit der Todesursache hervor. Nach den Untersuchungen von Oldendorf starben auf je 1000 Lebende im Durchschnitt von den Schleifern 23,8, von den übrigen gleichaltrigen männlichen Bewohnern derselben Gegend 9,0 und nach den Erhebungen unter den Mitglieder des Bundes der Steinmetzen Deutschlands von 497 in den Jahren 1886 bis 1892 überhaupt verstorbenen Steinhauern 44, d. i. 89,93 Prozent an Lungenschwindsucht.

Von besonderem Interesse sind nun die Mittel und Wege, welche die Denkschrift zur Vorbeugung und allgemeinen Bekämpfung der Krankheit vorschlägt. Eine staatliche Volksgesundheitspflege, die zentralisiert Rücksicht auf das kapitalistische Ausbeutungsinteresse nähme, müßte hier mit der Bekämpfung der Arbeitszeit beginnen. Die Vorschläge des Reichs-Gesundheitsamts aber beginnen mit dem bekannten Rezept von Wasser und Seife. Nun sind wir gewiß die Achten, welche die Bedeutung der Erziehung des Volkes zu besserer Körperpflege unterschätzen. Allein Wasser und Seife machen noch lange keinen Kranken gesund. Die lange Arbeitszeit bewirkt gerade, daß sehr große Theile des Proletariats sich körperlich nicht genug pflegen, und in einem durch lange Arbeitszeit angesaugten Körper wird die Tuberkulose immer reicheren Boden finden, und wenn der Mensch noch so reinlich ist. Mit Freuden ist es zu begrüßen, daß sich neben den Volkshäusern immer mehr die Fabrikbäder entwickeln. Hier würde ein gesetzlicher Zwang noth thun. Auch der Selbstübungen der Jugend, Turnen u. s. w., gedenkt die Denkschrift mit empfehlenden Ausführungen.

Auf Schritt und Tritt zeigen sich jetzt die sozialen Gemeinnisse für eine durchgreifende Volksgesundheitspflege. Zu einer regelrechten Körperpflege gehört auch eine zweckmäßige Kleidung, zumal die Thätigkeit der Hautorgane in vielen Beziehungen von ihr abhängig ist.“ So sagt die Denkschrift. Über welcher Proletarier hat die Mittel, die notwendige Sorgfalt auf seine Kleidung, namentlich hinsichtlich des häufigeren Wechsels, der Säuberung und Reinigung zu legen. Derselbe Arbeitsanzug wird täglich wieder auf den Leib gezogen, und viele Tausende laufen gar in stinkenden Lumpen umher, ohne sich andere Bekleidung verschaffen zu können.

Unzweifelhaft ist ferner für den Gesundheitszustand des Menschen die Art der Ernährung von hervorragender Be-

deutung... der schlecht genährte Körper erliegt dem Angriff der Krankheitskeime leichter als derjenige, welcher durch regelmäßige genügende Nahrungszufuhr die Stoffe erhält, deren er zu seinem Körperorganismus und zum Ersatz des durch die Tätigkeit der Körperorgane erfolgten Verbrauchs bedarf. ... Schlechte Ernährung in dieser Zeit (nämlich den Pubertätsjahren) begünstigt ganz besonders die Entwicklung der aufgenommenen Tuberkulose. Diese Sätze der Denkschrift läßt dieselbe Regierung dem Reichstage zur Beachtung empfehlen, die soeben die Lebenshaltung des Volkes durch die Einwirkung der Hitze in der empfindlichsten Weise verschlechtern und die Arbeiterfamilien im Interesse des Junkertums zu systematischem Hungerleiden verurteilen will.

Uebrigens bedeutet die Denkschrift verschiedentlich geradezu eine Verurteilung der Saugel- und Unsaugellosigkeit unserer Reichs-Sozialpolitik. So z. B. in der Wohnungsfrage. Sie stellt fest, daß nach Rubner's Ermittlungen in Berlin, Breslau, Hamburg 10 bis 14 von je 100 Wohnungen als überfüllt gelten, d. h. in ihnen mehr als 5 Personen auf die Benutzung eines einseitigen Zimmers ... weisen sind. Sie anerkennt, daß in der That durch den Mangel der Bevölkerung nach den Städten ein Wohnungsnotstand vorhanden sei. Aber was hat denn die Regierung zu einer rechtsgesetzlichen Regelung der Wohnungsverhältnisse getan? Die Denkschrift weiß nichts anzuführen, als den Bau von Arbeiterwohnungen u. A. durch die Geber der Landesversicherungs-Kassen, sowie die Arbeiterwohnungsfrage verschiedener Gewerkschaften & la Krupp.

Bei den Maßnahmen im Bezug auf Arbeit und Beruf räumt die Denkschrift u. A. die Mithamkeit der Gewerbeaufsicht, muß aber gleichzeitig zugeben, daß die Berichte der Gewerbeinspektoren beweisen, daß die Durchführung aller jener gesundheitlichen Anforderungen an zahlreichen Stellen großen und mannigfaltigen Schwierigkeiten begegnet. Der größte Teil des von ihr angeführten Arbeiterelends und der Bundesratsverordnungen ist erst durch die jährliche Kritik der Sozialdemokratie hervorgerufen worden.

Ein großer Teil der Denkschrift beschäftigt sich mit der Fürsorge für die Tuberkulosen durch die Versicherungs-Gesetzgebung, Krankenhäuser, Wohlfahrtsstätten, Lungensanatorien; Gesundheitsheime durch Vereine und Unternehmer. Sie weiß darüber ein langes Loblied zu singen.

Genau sind alle diese Schöpfungen von hohem Wert, und wir sind der Ansicht, daß hier noch weit mehr geschehen müßte. Aber sie müssen doch so lange Palliativmittel bleiben, wie die Gesetzgebung es vermag, durch Bekämpfung der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiterklasse an dem Herd des Übels zu gehen. Der gesetzliche Achtstundentag, Verbesserung der Volksernährung durch Verbilligung der Lebensmittel, mehr Arbeiterlohn und Reichs-Wohnungsfrage, das sind die großen Wege, die bei Bekämpfung der Tuberkulose in erster Linie beschritten werden müssen. (Vorwärts.)

Bericht aus Dänemark.

Im Frühjahr 1902 pachteten die kooperativen Unternehmungen der Arbeiter und die gewerkschaftlichen Organisationen in Kopenhagen eine Brauerei, die den Namen „Stjernen“ (Der Stern) erhielt und lediglich untergähriges Bier herstellt. Die Brauerei hat einen Werth von etwa 2 1/2 Millionen Mark. Am 8. April begann sie ihre Tätigkeit und im Juli wurde das erste Produkt, sowohl Lagerbier als Pilsener Bier, in den Handel gebracht. Das Bier hat einen milden, angenehmen Geschmack, helle Farbe und hat guten Eingang bei dem hiertrinkenden Publikum gefunden. Durchschnittlich beträgt das tägliche Resultat nur 100 Hektoliter, aber binnen Kurzem, wenn die neuen Lager- und Gährungsräume fertig stehen, wird das Doppelte geleistet werden. Die Brauerei, die in allen Betrieben die neuesten und besten Maschinen besitzt, wird von einem Ausschuss von 15 Mann, darunter der Geschäftsführer des dänischen Brauereiarbeiter-Verbandes, geleitet.

Die bekannte Brauerei „Luborgs Fabrikker“ unternimmt in diesem Jahre große Erweiterungen, unter anderem wird gegenwärtig ein neues, auf eine jährliche Produktion von 375 000 Hektoliter Bier berechnetes Brauhaus erbaut, welches eine Höhe von 100 Fuß bei einer Grundfläche von 4000 Quadratfuß enthält; dieses Brauhaus wird wahrscheinlich das größte im Norden werden.

Beim Ausgange des Jahres 1902 geschah eine Vereinigung der größten Brauereien in Kopenhagen, und zwar der vereinigten Brauereien, des alten und des neuen Carlsberg, welche in 97 Jahren unter gemeinschaftlichem Namen und Gewinn betrieben werden sollen.

Der Verkauf von Bier geht nun, mehr und mehr zum Flaschenystem über; schon jetzt liefern die meisten Brauereien lediglich Flaschenbier.

Das Bier wird vor dem Verkauf pasteurisiert, und erfordert in dieser Verkaufsform große Arbeitskraft; da die Arbeit jedoch zum Teil eine leichte ist, und theilweise durch Maschinen bewerkstelligt wird, wird jetzt mehrfach Frauenarbeitskraft verwendet, weshalb außer Verband in Ermägung gezogen, diese unseren Verbände unterzuordnen, damit dieser rücksichtlich der Ausnutzung der neuen Arbeitskraft mitbestimmend sein könne.

Im Betriebsjahre 1. Okt. 1901 bis 1. Okt. 1902 wurden in Dänemark 652 000 Tonnen Baysisch Bier verkauft oder 45 000 Tonnen weniger als im Jahre voran. Die Biersteuer hat 5 950 000 Kronen ausgemacht.

Obergähriges Bier: Verkauf 1 105 000 Tonnen. Gegenwärtig sind 2 Malzbierbrauereien, 44 Baysisch Bierbrauereien und 337 Obergährungsbrauereien im Betrieb.

Im Mai 1903 wird der Verband der Brauereiarbeiter in Dänemark seinen jährlichen Kongress abhalten. Es wird erwartet, daß unsere Bundesorganisationen in Deutschland und Schweden, gleichwie unsere Brüder in Norwegen, welche im Herbst 1902 sich einigten, einen Bundesverband zu bilden, sich auch Vertreter senden werden.

Kopenhagen, Februar 1903.

Korrespondenzen.

Berlin. (Sektion I.) Versammlung vom 15. Februar. Da ein Referent nicht erschienen war, wurde der 3. Punkt der Tagesordnung, Regelung des Begräbniswesens, vorweg genommen und beschlossen, daß für jede Beerdigung 50 Mk. ausgenommen werden, wovon die Unkosten für Sarg und Musik bestritten werden, der Rest, oder wenn Musik nicht gewünscht wird, auch der Betrag für diese den Hinterbliebenen resp. dem Besorger des Begräbnisses ausbezahlt wird. Den Bericht der Agitationskommission gab Kollege Preuß. Es haben im Berichtsjahre stattgefunden: 20 Sitzungen, 15 mündliche Verhandlungen mit einzelnen Brauereien und 3 Sitzungen mit Vertretern des Vereins der Brauereien bezüglich des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Seyber ergänzte den Bericht bezüglich des schriftlichen Verkehrs und gab die Abrechnung der Kasse der Agitationskommission. Einer Einnahme von 384,35 Mark steht eine Ausgabe von 214,12 Mark gegenüber. Aus einer Antwort der Brauerei Schöneberg auf ein Schreiben der Agitationskommission geht hervor, daß diese die Berechtigung, des Vorstellungsverbands einer Agitationskommission, weil jetzt ein Einigungsamt besteht, nicht mehr anerkennt. Die Versammlung war jedoch anderer Meinung. Vogel wünscht Verichterstattung nach Erledigung jedes einzelnen Falles. Mit der Diskussion über den Bericht wird zugleich eine Besprechung von Wünschen in einzelnen Brauereien verbunden. Ein Kollege berichtet von der Brauerei Metzger, daß das Signal mit der Pfeife durchaus nicht maßgebend ist für den Beginn der Pausen, wohl aber für das Ende. Garmanual, mißte 10-20 Minuten, auch ohne daß die Arbeit dringend ist, und ohne Entschädigung länger gearbeitet werden. Strafgelder werden verhängt, obwohl solche in der Arbeitsordnung nicht vorgesehen sind. Der Haupttrakt sei oft schäblich, doch wage Niemand, sich zu beschweren, weil darauf reglementarisch die Antwort erfolge: „Wem's nicht paßt, kann ja gehen.“ Der Aufsicht muß vor jeder Sitzung dem Brauereimeister berichten, was er vorzubringen gedenkt. Der Herr sei überhaupt übermächtig. Träger bedauert, daß die Agitationskommission diese Vorwissen nicht früher bekannt gegeben worden sind, da sie erst vor einigen Tagen in der Vereinsbrauerei war, und erwähnt die Kollegen, bei ihren Angaben sich streng der Wahrheit zu befleißigen. Brauer hält derartige traurige Zustände für unmöglich und gibt die Schuld den dort arbeitenden Kollegen. Von der Brauerei Königshardt wird berichtet, daß dort ein Kollege wegen Achtungsverletzung gegenüber einem Vorgesetzten entlassen worden sei. Des Entlassene war Wälzher und der Vorgesetzte sein Stellvertreter. Das sei noch schlimmer wie beim Militär, die Differenzen überhaupt unauflöslich. Nach werden dort Kollegen, die in der Mälzerei nicht ganz fein sind, aber für einen Mann zählen, eines jezt mit 25 Mk. (früher 22 Mk.), und der andere gar mit 15 Mk. wöchentlich entlohnt. Seyber spricht der Agitationskommission seine Anerkennung für ihre Tätigkeit aus. Nach Wahl der Agitationskommission und der Revisionen macht Godapp Mitteilung vom Vorstandsschluß bezüglich des Amittungsamtes für die Sozialbeiträge, und weist auf Abs. 2 des § 18 des Statuts hin. Träger erwirbt der Vorstand, mit Sektion II in Verbindung zu treten, um beim Hauptvorstand eine event. Umstellung über Abänderung resp. gänzliche Beseitigung des Abs. 2 des § 18 zu beantragen. Mielke wünscht, daß bei Kollegen mit halbjähriger Dienstbahn, die nur für 4 Wochen Entschädigung erhalten, die Karenzzeit verkürzt wird oder ganz fällt. Seyber gibt die Abrechnung der Sammelkassen für die Werkenen wieder. Es sind abgerechnet worden 462,05 Mk., davon 100 Mk. aus der Sozialkasse. Stöder legt den unpraktischen und späten Beschlüssen der Sammelkassen für die Werkenen vor, die sich nicht gemeldet hätte zur Mitgliedschaft, wird diese nachträglich aus der Sozialkasse abgezogen.

Dieletzte Versammlung vom 8. Februar. Vorstandskollegen wurden aufgenommen und 1 Mitglied ausgeschlossen. Den Kartellbericht erstattete Ernst. Hauptpunkt war Vorstandswahl und der Beschluß der öffentlichen Gewerkschaftsverammlung in Betreff der Metallarbeiter. In letzterem Punkte beschloß die Versammlung, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung mit Einziehung eines Referenten aus der Generalkommission zu beantragen, um den Beschluß betr. der Sonderstellung der Metallarbeiter aufzuheben. Sollte der Beschluß der Metallarbeiter nicht aufgehoben werden, so wird Aufhebung des Kartells beantragt und Gründung eines neuen mit den alten Statuten. Von dem Kollege wurde beschloffen, ein das Kartell empfinden und der Vertrauensmann beauftragt, sich dieserhalb mit dem Kartell in Verbindung zu setzen. In der Angelegenheit zweier Kollegen wurde beschloffen, unter Einziehung des Brauereimeisters bei der Firma zwecks Aufklärung vorstellig zu werden.

Breslau (Sekt. II.) Versammlungsbericht vom 5. Februar. Für die am 5. Januar einberufene Generalversammlung, welche ausfallen mußte, weil nur 17 Personen erschienen waren, wurde eine weitere Versammlung auf den 5. Februar anberaumt. Dieselbe war wieder, mit Ausnahme des Beschlusses, Vorsitzender Gülich erstattete den Jahresbericht, Kassier Pirlich den Kassensbericht. Nach erfolgter Wahl des Vorstandes wurde unter Vorsitz des Kassierers zur Sprache gebracht, daß die Arbeiter und Arbeiter der Brauerei „Alber Weinhold“ noch immer ihren freien Sonntag nicht haben. Obwohl die Mälzerei-Arbeiter der Brauerei Kipke, trotzdem es bewiesen worden ist, daß der Einführung weiter keine Schwierigkeiten im Wege stehen, wurde doch für die Karz der freie Sonntag eingeführt. Auch die Arbeiter bei Kipke haben in den Sommermonaten keinen freien Sonntag. Dann wurde noch kritisiert, daß meistens zwei Sorten Bier ausgekühlt werden, die Arbeiter und Arbeiter das schlechtere erhalten. Auch die Behandlung liege noch sehr viel zu wünschen übrig, insbesondere ist es der Brauer Zimmermann, welcher die Arbeiter am meisten trüzt, jetzt aber einen anderen Posten erhalten hat. Mit der Ermahnung, auch im neuen Jahre den zur Organisation zu halten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin. Am 14. d. M. fand unsere Monatsversammlung statt. Es wurde, da viele Arbeiter bei der Einstellung der Verbandsmitglieder unüberwindlich waren, beschlossen, einen Arbeitsnachweis einzuführen. Zum Zwecke des Weiteren wird sich die Zahlstelle der Statuten anderer Arbeitsnachweise bedienen. Der Kartellvorsitzende gab hierüber in vorletzter Versammlung einen sehr interessanten Vortrag. Der Kassier Stöber gab die Abrechnung vom 1. Quartal 1902. Verbands- und Sozialkasse waren von den Revisoren geprüft und in Ordnung vorgefunden; dem Kassier wurde Decharge erteilt. Der Bericht des Seyber gab die Abrechnung vom Einnahmestück. Der Ueberblick von 22,88 Mk. steht in die Sozialkasse. Der Kartellbericht gab Sühr. Die Arbeitsnachweisung wird jetzt aus dem Kartell gemißt. Es folgte dann die Wahl des Vorstandes, der Vertrauensleute und der Revisor-Kommission. Aus der Sozialkasse wurden der Kassier 10 Mk. 10 Pf. bewilligt, ferner 10 Pf. zur Bekleidung der Prozesskosten wegen des Aufgebots. Die von den Gewerkschaften geplante Dampfparade wird von den Mitgliedern der Zahlstelle unterstützt werden.

Breslau. (Sektion I.) Freitag, den 13. Februar, fand unsere Monatsversammlung statt. Der Protokoll von der Generalversammlung wurde beim Kassier, Gussmann, vorgelesen, richtiggestellt, wobei der Kassier, Gussmann, sagte, daß die Sitzung der verschuldeten Kollegen, Stöber und Gussmann in der Generalversammlung nicht im Rechnungsbericht gefunden

hätte. Dann referierte Redakteur Fleißner über: Unternehmer- und Arbeiterorganisationen und erstete für seine vorstehlichen Ausführungen lebhaften Beifall. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die heutige Versammlung der Brauer ist mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und erkennt an, daß die Interessen der Arbeiter denen der Unternehmer direkt entgegenstehen, sie deshalb alle Ursache haben, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Dieses kann jedoch nur durch eine starke Organisation geschehen. Deshalb verpflichten sich die versammelten Brauer, Mann für Mann nach Kräften zur Stärkung unserer Organisation thätig zu sein, damit auch die uns noch fernstehenden in unsere Reihe treten. Im Gewerkschaftlichen wurde zunächst nach längerer, zum Teil lebhafter Debatte ein Antrag angenommen, die Angelegenheit Metzger-Kollegen bis zur nächsten Versammlung zu vertagen. Wir hatten sich verschiedener Verträge gegen das Verbandsamt schuldig gemacht und hatten sich schon eine engere Vorstandssitzung, zu der auch Metzger eingeladen war, damit beschafft. Metzger gab hier das Versprechen, sich zu bessern, soll sich aber nachher nicht mehr drum gekümmert haben. In der Angelegenheit Dr. Kadeberg, stellt sich Herr Direktor Wölke immer noch auf den alten Standpunkt und erklärt, er hätte der Kommission kein bindendes Versprechen gegeben. Hier soll endlich einmal Ernst gemacht werden. Im Bericht vom Gewerkschaftskartell wurde mitgeteilt, daß die Kartellbeiträge auf 10 Pf. ermäßigt sind und zum Festen der Arbeitslosen ein Kartell für die Volkskassen und für die Sozialkasse Wölke gewählt. Wegen noch ausstehender Rechnungen konnte die Abrechnung vom Wintervergnügen noch nicht gegeben werden: Einstimmig wurde beschloffen, die Strafspenden bei Beerdigungen von der Sozialkasse zu decken.

Düsseldorf. (Sektion I.) Gut besucht war die Versammlung vom 7. Februar. Im Kartellbericht erstattete der Delegierte Kuppel die Notwendigkeit und den Nutzen eines Arbeitersekretariats, dessen Errichtung vom Gewerkschaftskartell beauftragt wurde. Die Debatte hierüber wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt, da die Kollegen sich nicht einig werden konnten. Nach Erstattung des Kassensberichts wurde als Kartell für die Volkskassen und für die Sozialkasse Wölke gewählt. Wegen noch ausstehender Rechnungen konnte die Abrechnung vom Wintervergnügen noch nicht gegeben werden: Einstimmig wurde beschloffen, die Strafspenden bei Beerdigungen von der Sozialkasse zu decken.

Stuttgart. Metzger verknüpft hat die oberösterreichischen Brauereibesitzer die wahrgenommene Schädigung der uralten Zustände in der hiesigen Gegend (in Nr. 4 der „Brauer-Ztg.“). Ein Schimpfen auf die Organisation sei es natürlich auch nicht. Aber das muß man dem Einsender lassen, daß er die veralteten Verhältnisse der oberösterreichischen Brauereiarbeiter kennt, nur ist er mit den Prinzipien äußerst geteilt ins Gericht gegangen. Aber auch das ist sicher, wenn man den Einsender kennen würde, er sofort mit dem Straßenpflaster Bekanntschaft machen müßte. Herr Steinhilf, „Zum Glück“ in Stuttgart, hat sich besonders erdelt, er nennt die Verbandsmitglieder „faule Lumpen“ u. und ladet, in sehr großem Juchum befangen, seinen ganzen Groll auf mich ab. Es war um die Tageszeit, wo man manche unüberlegten Auswüchse verzeihen muß, sonst würde ich ihn mit dem Strafrichter bekannt machen. Es war eine Zeit, wo ein unorganisierter Kollege gleichen Namens und aus demselben Orte wie Herr Steinhilf als ein Vertreter der Armen aus Belgien kam und organisierte Kollegen mitteleuropäisch in jeder Weise unterstülzte. Er überzeugte sich von den gerechten Beschwerden des Verbandes und wurde auch Verbandsmitglied, also „fauler Lump“ nach Herrn Steinhilf. Als er gelegentlich von einem öffentlichen Unternehmer „gegangen“ wurde, hatte der Verband viel Unkosten, bis er wieder in Arbeit war. Das war ein armer Steinhilf, der reiche glaubte den armen Steinhilf. Ich beschimpfte ihn dafür. Doch wir glauben, daß Herr Steinhilf ruhiger Ueberlegung sich, wie gesagt, müßte, daß auch die Arbeiter ein Recht haben, nach besseren Verhältnissen zu streben und sich zu diesem Zweck zu organisieren, und daß er seinen Arbeitern nichts in den Weg legen wird, wenn sie sich organisieren, und in dieser Beziehung den anderen Brauereibesitzern mit gutem Beispiel vorangehen wird. Nachdem ich mich bis jetzt wenig um die Ehrliebe der hiesigen gewerkschaftlichen Arbeiter kümmere, wie auch ich jetzt den Kollegen zu: Organisier Euch! Ihr seht, wie sich Alles zur Wahrung des Interesses vereinigt und nicht zuletzt die Brauereibesitzer, aber Ihr macht von dem Mittel zur Besserung eurer Lage keinen Gebrauch. Ihr werdet nachlässig eure Interessen. Auch ich sage, vorantastet Verbandsmitglieder bei einem Kollegen, um über eure Lage zu berichten. Uebernehmt, was solche Vereine bestehen, ist unter den Brauereiarbeitern Ehrentat und Kollegialität; während sie sich früher kaum dem Namen nach kannten, gehen sie jetzt Hand in Hand zur Verbesserung ihrer Lage. Euer E. G. F. E.

Stuttgart. Sonntag, den 15. Februar, fand im Volkskassen unsere sehr gut besuchte Versammlung statt. Neu aufnehmer ließen sich 5 Kollegen. Darauf hielt Seyber einen Vortrag über: „Zweck und Nutzen eines Arbeitersekretariats“ (Spezial für Brauereiarbeiter). Mit der Hand eines umfangreichen Materials aus Städten, wo solche Institute bestehen, erlebte er sich seiner Aufgabe, darauf hinzuweisen, wie unbedingt notwendig es ist, hier an die Stelle, obwohl bereits ein ähnliches Institut, aber unter „Zentrumsbauern“, besteht, ein Arbeitersekretariat zu errichten, da nur durch Vertreter der freien Arbeiter in allen Fällen, wie Unfall, Invalidenversicherung, Gewerbeversicherungsangelegenheiten, den damit Betroffenen am Besten geholfen werden kann. Denn wie es mit Zentrumsleuten aussieht, beweist der im Reichstag durchgeführte Zolltarif. Mit Worten „Arbeiterfreundlichkeit“, aber in der That, um ja nicht in die Hände der Regierung zu geraten, im höchsten Grade arbeitserfindlich. Nach eingehender Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Volkskassen“ tagende Mitgliederversammlung der Brauereiarbeiter, Zahlstelle Stuttgart, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und ist der vollen Ueberzeugung, daß die Errichtung eines Arbeitersekretariats den hiesigen Brauereiarbeitern in jeder Beziehung zum größten Nutzen und Vortheil geräth, und verpflichtet mit aller Opferwilligkeit zur Gründung eines solchen Instituts.“ Darauf hielt ein Kollege einen Vortrag über: „Die Organisation der Brauereiarbeiter am Platz und welche Vorteile sie gewährt.“ Zunächst ging er auf die eigentliche Entstehung und Gründung unserer Verbände, sowie die Bundesgesetze, die „Zweck“ der Unternehmer, einer Kritik unterliegend, schloß er das freie und offene Vorgehen an, wie durch den engen Zusammenschluß aller Brauereiarbeiter, ob Brauer, Metzger, Mälzerei, Metzger oder Tagesarbeiter, am hiesigen Platz die traurige und elende Lage derselben eine bedeutende Besserung erfahren habe, wie z. B. die geregelte Arbeitszeit, Freitagslohnzahlung und die Anerkennung des Konfessionsrechts. Dies Alles sind als große Vortheile für die hiesigen Brauereiarbeiter zu bezeichnen und ist es Pflicht eines Jeden, treu zur Organisation zu stehen, sowie und unermüdet Agitation zu sein, um auch in Zukunft bei einer eventuellen Forderung ungerichteter Entlassung unser Recht wahren, unsere gerechten Forderungen zur Durchführung bringen zu können. Als Beispiel sollen uns die Zahlstellen dienen, die es durch ihre Brauereiarbeiterorganisation und einmütiges annehmen des Vorgehens bewerkstelligt haben, daß sie eine Zusammenkunft zu ihren Gunsten und Rechte durchgesetzt haben. Eine Resolution, woraus die organisierten Brauereiarbeiter Stuttgart sich verpflichten, mit aller Kraft in die Agitation einzutreten, und alle das was noch fernstehenden der Organisation anzuschließen, da nur diese es ist, welche den Brauereiarbeitern zu Hilfe kommt, und nur durch

diese die Lage derselben im Elberfeld gebessert werden kann, fand einstimmige Annahme. Unter „Verschiedenes“ wurde noch beschlossen, die Versammlung alle 14 Tage Sonntags, Abends 9 Uhr, im „Volkshaus“ abzuhalten.

Frankfurt a. O. In unserer am 22. Februar abgehaltenen Versammlung referierte Kollege Schmutz = Berlin über: „Die wirtschaftliche Lage der Brauereiarbeiter und wie besser wir dieselbe?“ Nach dem mit Beifall aufgenommenen Worttage hatten wir die Genehmigung, wieder 5 Neuaufnahmen bewirken zu können, sodass sich unsere Mitgliederzahl nunmehr auf 81 stellt. — Unsere Versammlungen finden in Zukunft am 2. Sonntag nach dem 1. und 15. jeden Monats, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Vorwärts“ statt.

Freiburg i. Br. Im Januar fand hier eine „Agitationsversammlung“, einberufen von Seiten des „Bundes“, statt, zu der auch Neutrale und Verbandsmitglieder eingeladen und auch erschienen waren. Als „Agitator“ war das von Seiten des betreffenden „Agitationsbezirks“ als solcher gewählte Bundesmitglied Dollinger = Frankfurt a. M. erschienen. Obwohl seine „Reise“ auch „Arbeitergroßen“ kostete, wollte er von vornherein das Odium von sich fernhalten, als ob er auch ein „Reiseapostel“ wäre oder werden sollte; er wollte nicht mit den ständigen Reiseaposteln des Verbandes verglichen sein. Nun, was nicht ist, kann noch werden, es sei denn, der erste Reifall schreckt ihn von Wiederholungen ab. Während die „ständigen Reiseapostel“ des Verbandes lediglich darauf bedacht sind, die Brauereiarbeiter zu organisieren, zu vereinen, um für sie alle bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, das in der Agitation angelegte Geld also sehr notwendige und fruchtbringende Ausgaben sind, dienen die „Agitationskosten“ im Bunde zum Gegenteil: die Uneinigkeit zu fördern und eine Verbesserung der Verhältnisse zu erschweren. Die Thatsachen reden eine zu deutliche Sprache, wie ungeheuer die Quertreiberei und Arbeitswilligkeitstendenz des Bundes den Brauereiarbeitern insgesamt bisher geschadet hat und in Zukunft schaden wird. Die Bundesmitglieder in so vielen Orten werden es am besten fühlen, wo ihnen eine thätigkeitsvolle Organisation des Verbandes zur Seite steht, aber die Braumeister oder Unternehmer wünschen es ja so und: „Nur ist die erste Bürgerpflicht“ bei einem wohl-erzogenen Kollegen. Dienen die „Agitationskosten“ der Bundes-„Reiseapostel“ also nur zum Schaden der gesamten Kollegen und sind infolgedessen doppelt weggeworfenes Geld, so war dieses hier in erhöhtem Maße der Fall. Bleibst du niedrig im Kurse, das Geld war's wahrhaftig nicht wert. Es ist eine funderbare Philosophie, die Dollinger in Bezug auf die Verhältnisse, die „Nothwendigkeit“ und den „Erfolg“ der Bestrebungen des Bundes entwickelte. Parteifelhende und nicht wegguschaffende Thatsachen sieht der Mann in seiner Herzens-unschuld nicht, es ist, als ob er über die Reichthümlichkeit des Schlanders und des — Schimmels nicht hinausgekommen ist. Von den wirklichen Verhältnissen kennt der Mann nichts; allerdings wird er eine große Anzahl Gleichgeschickter als Selbstgefährten im Bunde haben, ist doch die Verbundung, die Fälligung der thätigkeitsvollen Verhältnisse zweier der Lehren des Bundes, aus dem Selbsterhaltungstrieb des Letzteren entspringend. Man hat eben nichts als Worte, Wortspiegelungen; zu Thaten für die innersten Interessen der Kollegen ist man nicht fähig, diese überläßt man dem Verband. Was überhaupt Positives aus dem ganzen „Referat“ herauszuschälen ist, ist die Behauptung, daß die „Invalidentät“ und Altersverschönerung“ des Bundes vielleicht schon in zwei Jahren mit ihrer Wirksamkeit wird beginnen können. Der Mann scheint an den Schwindeln auch noch fest zu glauben und benützt ihn hier als „Agitationsmittel“. Zu bedauern sind nur die, die darauf bauen. Allerdings müssen wir mildere Umstände walten lassen, denn er hofft auf eine goldene Ernte durch Bettelei bei den Brauereibesitzern, Direktoren, Maschinenfabriken, Gersten- und Hopfenhändlungen, da diese der Vereinerung der Braumeister und Malzmeister auch ganz bedeutende Zuzahlungen machen. Die reine Bettelei ist ein idealer Konkurrenz. Man erkennt doch wohl schon den Schwindler der Alters- und Invalidenversicherung mit Groschenmonatsbeiträgen und wohl deshalb sucht man die nun Drängenden mit den „Zuwendungen“ zu trösten. Die Welt ist groß, um noch viel Narren vom langen Hofen fassen zu können. Um die „sozialpolitische Einsicht“ des Referenten zu kennzeichnen, sei nur angeführt, daß er in der Diskussion behauptete: „Der Verband hat die 10stündige Arbeitszeit nicht allein geschaffen, sondern das deutsche Reichsgesetz.“ Donner und Doria! Hat Dollinger diese Weisheit etwa aus der „Bundeszeitung“ geschöpft? Ja, wenn man so garnichts von der „Wirklichkeit“ weiß, dann soll man doch lieber zu Hause bleiben und sich nicht vor der Welt lächerlich machen. Auch konnte er die Möglichkeit nicht begreifen, daß nicht alle Verbandsmitglieder der „sozialdemokratischen Partei“ angehören, jaht doch der Verband seine Beiträge zu den übrigen „sozialdemokratischen Gewerkschaften“, und wird doch das Organ des Verbandes im „Vorwärts“ angeführt. Es giebt eine Grenze, von der ab man jemandem seine „Inerfahrenheit zu Gute hält, hauptsächlich wenn der Betreffende Lehrmeister hat, die auf Grund solchen Mumpstums ihr „Geschäftchen“ machen, und Dollinger verdient diese Maßnahme im höchsten Maße. Doch die Gewerkschaftszetlungen können sich wirklich immer noch nicht dazu verstehen, von ihrem Dasein in irgend einem Streikfördererorgane Kunde zu geben, fernermal sich dieses auch nicht vertragen würde. Daß in der Diskussion von Seiten der anderen Bundesmitglieder ein ähnlicher Faden gesponnen wurde, und daß man auch den Ruhm für sich in Anspruch nehmen wollte, in Freiburg für die Brauereiarbeiter „auch“ etwas gethan zu haben, ist erklärlich, wenn es auch mit den Thatsachen nicht in Einklang zu bringen ist. Es lohnt sich hier nicht weiter, darauf einzugehen, es ist in der Versammlung von Seiten der Verbandsmitglieder zur Genüge geschehen; der verhängte Versammlungsbericht in der „Bundeszeitung“ macht auf die in der Versammlung Anwesenden, die noch ihren gesunden Verstand haben, ebenso wenig Effekt als die alberne Behauptung Dollinger's, wo der Verband existiert, sind die schlechtesten Verhältnisse. Die „Agitationsversammlung“ war eine solche für uns, und hoffentlich kommt ein Bundesreiseapostel bald wieder nach Freiburg.

Gera. Die Versammlung vom 11. Februar war gut besucht. Der Vorsitzende erläuterte den Werth einer thätigen Vertretung in den Krankenkassen und ermahnte zur vollständigen Theilnahme an der bevorstehenden Wahl. Desgleichen wurde nun tege Theilnahme am Stiftungsfest ersucht. Zu Besprechungen wurden seitens der endlich zur Organisation sich eingehenden Kollegen der Tinger Brauerei die größten Verdienste gegen unsere Abmachungen in dieser Brauerei dargelegt. Nachdem verschiedene das langjährige Beiseitstehen der Tinger Kollegen während unserer Kämpfe kritisch und die sogenannte „Fellowship“ einiger hiesiger Brauereien ins rechte Licht gestellt war, beschloß man, die ganze Angelegenheit dem Vorstand zur weiteren Verfolgung zu überweisen.

Gießen. Bescheiden über rohe Behandlung seitens des Oberburschen Fr. Weidner in der Gambriusbrauerei in Buchach kommen seitens mehrerer Kollegen, die dort gearbeitet und seinetwegen aufgehört haben. Hinderlich, Ochs, besoffener Kerl usw. sind die Liebenswürdigkeiten, womit die Kollegen bedacht werden, daneben ist die Antreiberei und Ausbreitung durch ihn groß. Den ganzen Tag schreit und kreißt er die Leute durcheinander, daß Niemand mehr weiß, was er machen soll, und sagt dann noch lächerlich: „Du darfst froh sein, daß Du hier angeschlossen bist.“ Fragt ihn jemand, was er arbeiten soll, so schreut er ihn einfach ab. Den ganzen Tag hört man zuhagen sein vernünftiges Wort

von ihm. Auch glaubt er das Recht zu haben, die Arbeitszeit beliebig festzusetzen zur Strafe. Die Herren Besitzer Melchior thäten gut daran, ihn ein anständiges Benehmen und eine anständige Behandlung der Leute beizubringen.

Köln. Am 8. Februar fand im Lokale des Herrn Hompefch, Kämmergasse, unsere gut besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Es ließen sich drei Kollegen aufnehmen und zwei umschreiben. Hierauf gab der Vorstand den Massenbericht, und wurde dessen Wichtigkeit von den Anwesenden bestätigt. Unter Kartellbericht wurde die Anstellung eines Gewerkschafts-Sekretärs erwähnt; es muß jedoch abgewartet werden, wie sich die Generalkommission der Gewerkschaften hierzu stellt, ob sie den hierzu bedingten Zuschuß leistet. Auch wurde beschlossen, die uns fernstehenden Kollegen zu der in nächster Zeit stattfindenden öffentlichen Brauereiarbeiter-Versammlung mittelst Handzettel einzuladen.

Lage. Unsere Generalversammlung vom 8. Februar war ziemlich gut besucht. Die Vorstandsmahl brachte keine wesentliche Veränderung. Klagen wurden geführt über einen in der Malzfabrik in Dinglingen arbeitenden Kollegen Namens Jäger, der die Kollegen anschwärt, und auch schon Einige seinetwegen ihre Stelle verlassen haben. Trotzdem er schon über 40 Jahre alt ist und auch bald bald fähig dürfte, wie schwer es ist, Arbeit zu erhalten, legt er den organisierten Kollegen Alles in den Weg und sucht nichts wie Heiberei. Und dabei sind die Arbeitsverhältnisse jedenfalls sehr verbesserungsbedürftig, von 5 Uhr früh bis Abends 7, oft bis 8 Uhr. Sonntags von Morgens 4 bis Mittags 2 Uhr und Abends wieder von 5 bis 7 Uhr. — Unsere Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat im Gasthof „Zum Geiß“ statt.

München. In einer überaus stark besuchten Brauereiarbeiter-Versammlung vom 12. Februar erstattete Kollege Schrems den Bericht der Kommission über den von der letzten Versammlung zurückgewiesenen und revidierten Tarifentwurf. Referent legte den Anwesenden zunächst die Bedeutung eines Tarifs auseinander und erläuterte, wie die Organisation bisher unermüdlich thätig und bestrebt gewesen sei, die Lage der Brauereiarbeiter zu verbessern. Bereits im Jahre 1892 habe sich der damalige Fachverein an die Brauereibesitzer gewandt, um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen; die diesbezüglichen Bestrebungen wurden von den Brauereibesitzern rundweg abgelehnt. Im Jahre 1894 wurden neuerdings Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit, höhere Löhne, sowie auf eine bessere Behandlung der Arbeiter durch die Vorgesetzten eingereicht. Eine Verständigung mit den Brauereibesitzern wurde diesmal erzielt. Aber in Folge der großen Gleichgültigkeit vieler Brauereiarbeiter wurden die Verhältnisse von Tag zu Tag schlechter, so daß die Organisation im Jahre 1900 neuerdings Forderungen auf Verkürzung der Sonntags- und Präsenzzeit einreichte, die abermals rundweg abgelehnt wurden; auch die im Jahre 1902 eingereichte Forderung auf Regelung der Arbeits- und Präsenzzeit von 6—6 Uhr wurde ohne Weiteres abgelehnt. Unterm 11. Oktober beauftragte eine öffentliche, stark besuchte Brauereiarbeiter-Versammlung eine Kommission, einen Tarif auszuarbeiten. Eine zweite öffentliche Versammlung fand den von der Kommission vorgelegten Tarifentwurf revidierungsbedürftig. Inzwischen nahmen auch die christlichen Arbeiter an den Forderungen im Tarifentwurf Stellung und beschlossen, selbstständig vorzugehen und das im Tarifentwurf angelegte „Unerschöpfbare“ auszumergen. Nach den mit den Christlichen gepflogenen Unterhandlungen erklärten sich diese zunächst bereit, den von der Kommission ausgearbeiteten Tarifentwurf zu dem ihrigen zu machen. Inzwischen haben die Herren aber doch einen eigenen Tarif ausgearbeitet, der weit niedrigere Sätze enthält, als der von der Kommission ausgearbeitete. Die Herren glauben wohl, im Trüben fischen und dem Zentralverband das Wasser abgraben zu können. Gleich traurig ist die Haltung des Bundesvereins, der glaubt, ebenfalls selbstständig vorzugehen zu müssen, um bei den Ehrenmitgliedern nicht anzuliegen. Bedner konstatierte, daß mit den Schätzern eine Verständigung erzielt sei und daß sie ebenfalls einen Mann in die Kommission abhandeln. Bedner verlas hierauf den bereits bekannten Tarifentwurf, der den Brauereibesitzern eingereicht werden sollte. Die einzelnen Abänderungen sind folgende:

Wenn Hilfsarbeiter direkte Brauereiarbeiten zu verrichten haben, so ist ihnen auch der Lohn des Brauers zu entrichten. — Zu den ständigen Hilfsarbeitern sind alle Tagelöhner einzuzählen, die in der Brauerei definitiv eingestellt sind. — Die Bierführer sollen in Zukunft nicht mehr für Kupferstände der Wirthschaftbar gemacht werden. — Die Bierenscheidigung der Maschinen für 6 Stunden beträgt 1 Mark, für mehr als 6 Stunden 2 Mark. — Diejenigen Hilfsbierführer, die schon 8 Jahre als solche beschäftigt sind, werden zu den ständigen Bierführern gerechnet. — Die Kündigung des Tarifs soll gegenseitig am 1. Januar erfolgen können. — Die übrigen Bestimmungen in dem schon veröffentlichten Entwurf bleiben zu Recht bestehen. — Die entsprechenden Räume zum Aus- und Umkleiden müssen zur Verfügung gestellt werden.

Referent Schrems begründete des Ausführlichen die einzelnen Bestimmungen des Tarifentwurfs und konstatierte, daß die im Entwurf enthaltenen Forderungen gewiß minimal sind und von den Brauereibesitzern ganz leicht genehmigt werden könnten. An der Hand eines Haushaltungsbudgets eines Brauereiarbeiters wies Referent nach, daß der Arbeiter mit seiner Familie bei der sparsamsten Lebensweise ein Defizit von 102,50 M. aufzuweisen hat, trotz eines wöchentlichen Verdienstes von 27 M. Bedner wies weiter auf die hohe Krankheitskassen und forderte auf, diesem Tarif Geltung zu verschaffen und die Organisation durch zahlreicheren Beitritt zu kräftigen. — Den mit großem Beifall belohnten Ausführungen folgte eine lebhaftige Diskussion. Den Reigen eröffnete ein Herr Wambler, der sich als christlicher Arbeiter vorstellte, sich aber als Mitglied des Brauereigesellenbundes entpuppte. Der Gute bestand zwar darin, daß die Löhne der Hilfsarbeiter sehr verbesserungsbedürftig seien, aber er könne es mit seinen Kollegen nicht über's Herz bringen, für diese Leute einzutreten. Diese sollten vielmehr selbstständig vorgehen. — Kollege Ehl wandte sich scharf dagegen; wenn man sage, daß die Hilfsarbeiter wirklich schlecht bezahlt sind, dann aber behaupten, sie verlangen zu viel, und sich schäme, mit den Hilfsarbeitern gemeinsam für die Verbesserung der Gesamtlage der Brauereiarbeiter einzutreten, so sei das nicht christliche Nächstenliebe, sondern Schmeißelerei vor den Brauereibesitzern. Bedner forderte die christlichen Arbeiter auf, aus diesen Ausführungen die Konsequenzen zu ziehen und dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter beizutreten. — Auch die nachfolgenden Bedner Aktivist schloß das Vorgehen der Christlichen und der Bundesgesellen und forderten zur Einigkeit und zum Beitritt zur Organisation auf. — Nach einem Schlusswort des Referenten, in dem er auf die Nothwendigkeit und die hohe Bedeutung der Arbeiterpresse aufmerksam machte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige, außerordentlich stark besuchte öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung erklärt sich mit dem Tarifentwurf, wie er heute besprochen und den Brauereiesitzern vorgelegt wird, voll und ganz einverstanden. Sie erklärt in den Tarifverhandlungen das System, das auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Arbeiter- und Unternehmer-Organisationen die Entwicklung der Berufsverhältnisse in geregelter Bahnen leitet. Die Verammelten verpflichten sich, mit allen Kräften dafür einzutreten, diesen Tarifentwurf zur Durchführung zu bringen. Gleichzeitig erklären die Versammelten, daß nur durch die Organisation Verbesserungen für die Brauereiarbeiter erreicht

werden können; sie verpflichten sich daher, alle der Organisation beizutreten und auch für diesen Verband zu agitieren und Mitglieder zu werben. — Schließlich wurde eine Kommission gewählt, die dem Ortsverband der Brauereiesitzern den Tarifentwurf zu unterbreiten hat.

München. Versammlung vom 11. Februar. Aufnahmen waren vier zu verzeichnen. Der Fall des Braumeisters Meier in der Brauerei Leberer bezüglich Zurechnung irgendwelcher Kollegen durch Versprechungen, eingeleitet zu werden, erwiderte in der Organisation böses Blut. Dazu kommen noch einige andere Verfehlungen bezüglich der Koalitionsfreiheit, und endlich noch etwas, was ebenfalls mit den Bestimmungen unseres Tarifs nichts gemein hat, sich jedoch als sehr interessante „Lebenswürdigkeiten“ darstellt, weshalb wir ruhig in der „Offenlichkeit“ vorgehen könnten, doch kommt es auf ein paar Wochen nicht an. Sicher werden wir, sofern der Mann die von ihm beschrittenen Schritte nicht wieder in die von uns gewünschte Fagon bringt, ihm dann derartig aufspielen, daß ihm diese Krämpfe zum lebenslänglichen Kartenspiel genügen werden. Denn die von ihm ausgeübten „Lebenswürdigkeiten“ auf allen möglichen Gebieten sind wahrhaftig mehr als alles bisher Dagewesene. Mit einem Falle wird sich wieder einmal die Lohnkommission beschäftigen. Besprochen über Forderungen organisierter Arbeiter liefen seitens der Kollegen der Brauerei Stöbel u. Wagner in Wädgendorf ein, die durch Eingreifen der Lohnkommission wieder zu Gunsten der Arbeiter geregelt wurden. Der verschobene Streitfall M. contra G. wurde in Folge der schwebenden Differenzen in betreffender Brauerei bis zur nächsten Versammlung verschoben. Der nächste Punkt beschäftigte sich mit den Arbeiter-Ausschuss-Verhältnissen in der Tucher = Brauerei. Der Oberbursche D. F. M. er, welcher seit längerer Zeit sich einer besonderen „Schönheit“ erfreut, wird nunmehr derartig stolz, daß er es nicht mehr für würdig hält, Eingaben trotz heftigen Zuredens aller Arbeiter in deren Aufstige zu unterzeichnen. Derselbe wurde wiederholt aufgefordert, in Folge seines pflichtwidrigen Benehmens als Arbeiterausschussmitglied sein Amt an seine Mandatgeber zurückzugeben, hielt es aber nicht unter seiner Würde, diesem berechtigten Verlangen nicht nachzukommen. Diese lebenslängliche Arbeiterausschuss-Vertretung scheinen sich nun manche der Herren vom Schuhrverbande anders zurechtgefunden zu haben, als sie thätigkeitsvoll gehalten sein sollte. Wir werden nach dieser Richtung Verbindungen mit der Gewerbeinspektion anknüpfen. Auf Beschluß werden in der Tucherbrauerei die Tarifverhandlungen neu aufgenommen um sie mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zum Durchbruch zu führen. Im nächsten Punkt wurde beschlossen, Fragebogen auszugeben an die Vertrauensleute, um festzustellen, wie viele Arbeiter im Allgemeinen beschäftigt sind in den Brauereien von Nürnberg-Gürtel und wie dieselben verschiedentlich organisiert oder auch nicht organisiert sind. Dem langjährigen Mitgliede Käferlein wurde ein Vorschlag zugelegt. Nachdem Kollege Hofmann das Ergebnis der Tarifverhandlungen mit der Firma Erlwein u. Schulteis, Erlangen, verlesen, wurde beschlossen, an der Durchführung vollends festzuhalten. In die Lohnkommission wurde Hofmann, Tucherbrauerei, einstimmig gewählt.

St. Johann-Saarbrücken. Ueber die in voriger Nummer gemeldete Entlassung eines Verbandsmitgliedes nach erfolgter Denunziation seitens eines Wirthes ist ergänzend hinzuzufügen, daß der Wirth — Hertel ist sein Name — auf Befragen erklärt hat, er wär, vom Vorstande des Gambriusvereins aufgefordert, die Entlassung zu bewirken. Es sind zwei Mitglieder entlassen worden und sollten noch mehrere in anderen Brauereien hinausdenunziert und brotlos gemacht werden. Der Wirth war nach seiner Angabe auch in den anderen Brauereien, aber „leider“ bisher ohne Erfolg. Nur der Braumeister der einen Brauerei hat dem Verlangen stattgegeben, vielleicht weil er Ehrenmitglied des Gambriusvereins ist. Wir würden für die „Ehre“ danken, Mitglied oder gar „Ehrenmitglied“ eines Vereins zu sein, dessen Vorstand seine einzige Aufgabe darin erblickt, Kollegen brotlos zu machen, die bestrebt sind, eine Organisation zu schaffen, die auch willens ist, die Verhältnisse der Kollegen zu verbessern. Zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sieht sich der Vorstand des Gambriusvereins nicht berufen, und Andere will er auch daran hindern und sei es auch durch die Verwirrung der Entlassung dieser Kollegen. Stehen denn diese Gambriusvereinsmitglieder alle auf dieser niedrigen Stufe oder sind sie nicht doch etwas anderer, ehelicherer Gesinnung? Dann aber raus aus diesem Gambriusverein und hinein in den Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. An den betr. Herrn Braumeister aber richten wir die Frage: ob er sich nicht doch ein wenig genirt, sich zu solcher Handlung hergegeben und ein solches Verlangen erfüllt zu haben? Alle christlichen Kollegen werden jedoch wissen, wie sie sich zu dem Wirth Hertel zu verhalten haben, der sich zu solchen Handlungen gebrauchen ließ, und wir hoffen auch, daß diese Kollegen die Konsequenzen ziehen und sich unsern Verbände anschließen werden. — Aufnahmen werden entgegengenommen bei Kol. Georg D. en n, Raumteilerstraße 25.

Bewegungen im Berufe.

† Hof. In der Brauerei Deininger haben die Leute, die länger als 1 Jahr im Betriebe sind, täglich 2 Mark Zulage erhalten. Hoffentlich fühlen sie sich recht nicht als Krösche und denken, sie haben den Gipfel der Wohlhabenheit schon erreicht. Es muß noch Manches anders werden, wenns gut genannt werden soll, deshalb wäre es der größte Fehler, die Organisation zu vernachlässigen.

† **München a. M. -Kalk.** Wie aus der Zeitung letzter Woche ersichtlich, sind hier Differenzen ausgebrochen, und zwar ist es in unserem Schmerzenskind, der Brauerei Breuer jun. Schon seit Jahren waren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer gründlichen Reparatur bedürftig. Die Brauereiarbeiter beschloßen deshalb, dagegen Stellung zu nehmen und reichten eine den hiesigen Verhältnissen angepaßte Lohnforderung ein. Beschuld der Brauerei lautete zu Folgeabend einfach: wer bis zum anderen Morgen 8 Uhr die alten Arbeitsbedingungen nicht unterschrieben hat, geht sofort zum Thore hinaus. Eine Kommission wurde nicht empfangen. Von der Betriebsleitung wurde jeder Einzelne ins Komplot gezwungen und das Verlangen an sie gestellt, ein Schriftstück zu unterschreiben, worin sie sich mit den alten Verhältnissen einverstanden erklären. Jeder Einzelne hat aber dieses unerwünschte Annehmen zurückgewiesen, was der Betriebsleitung genügt, ferner die Leute auf die Straße zu setzen. Eine seitens des Kartells gewünschte Kommission, die normal als der Versuch zur Klärung der Differenzen machen sollte, wurde nicht empfangen. Die Streikbrecherleiter arbeiteten mit Vollampf. Böhm, Frankfurt, kamte schon am anderen Tage, Mittwoch, den 18. Februar, 5 junge, unerfahrene Kollegen. Dieselben kamen Abends 10.15 auf dem S. D. N. e. Bahnhof an, wo sie vom Braumeister und Prokuristen in Empfang genommen, nach dem Hotel transportiert und mit Nachtquartier versehen wurden mit der Verabredung, sie Morgens 6 Uhr abholen zu wollen. Nach der Rechnung war fast, die Kollegen wurden schon vorher verständigt und dankten für die Ehre, den Berräther zu spielen. Auch Herr Hipp dürfte hier nicht fehlen, doch scheint seine Sendung schon unterwegs verloren gegangen zu sein, denn es kam nur eine Invalidentaxe an, der Besitzer derselben blieb aus. Einzelne von Dipp's Sendung sind schon in Mannheim angehalten worden. Herr Breuer legte Alles in Bewegung, um Leute zu erhalten, es wurde an

